



**Das Präsidium des  
Bundesverbandes der Freien Berufe e. V.  
hat die Kurzposition  
„Die Freien Berufe und Radikalisierungstendenzen  
angesichts der Coronakrisensituation“ verabschiedet.**

## Kurzposition

### **Die Freien Berufe und Radikalisierungstendenzen angesichts der Coronakrisensituation**

Die Freien Berufe sind gemeinwohlorientiert und wichtiger Bestandteil des Rechtsstaates. Die Rechtsstaatlichkeit ebenso wie die Ausrichtung auf das Gemeinwohl und mithin die Gewährleistung der hohen Qualität der Dienstleistung sind grundlegende Aspekte der freiberuflichen Selbstverwaltung und des Selbstverständnisses der Freien Berufe. Der Aspekt Gemeinwohl wird im Rechtsstaat insbesondere durch den demokratischen gesellschaftlichen Dialog im Rahmen der Grund- und Menschenrechte definiert. Was dem Wohl der Gemeinschaft dient, unterliegt dem gesellschaftlichen Wandel und manifestiert sich im politischen sowie dem gesetzgebenden Prozess. Die derzeitige Krisensituation, verursacht durch die Corona-Pandemie, hat zu zunächst notwendigen Einschränkungen der grundrechtlich gewährleisteten Freiheit geführt, welche von den gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich, teils als benachteiligend, wahrgenommen wurden.

Radikalisierungsprozesse verlaufen häufig abhängig von sozioökonomischen und politischen Kontextfaktoren. In ihnen manifestiert sich die wahrgenommene Benachteiligung der Gruppe, der man zugehört oder mit der man sich identifiziert. In der modernen Mediengesellschaft kann die Radikalisierung im Sinne der Überidentifikation mit einer geglaubten Gemeinschaft auch ohne unmittelbare soziale Kontakte erfolgen. Mobilitätsgrenzen sind im Internet nicht gegeben. Bei gleichzeitig erhöhter Reichweite und der im virtuellen Raum gegebenen geringeren Empathie werden radikale Tendenzen befeuert.

**Radikalisierungsprozesse schaden der Gemeinschaft und sind damit absolut konträr zum Selbstverständnis der Freien Berufe.**

Wahrgenommene Benachteiligungen werden häufig durch sogenannte „Fake News“ befeuert. Durch eine vermeintlich faktische Basis wird den radikalen Ansichten Auftrieb verliehen. Dieses Phänomen der Fake News hat durch die digitale Gesellschaft erheblich zugenommen. Die Urheberschaft und damit auch der Wahrheitsgehalt von Nachrichten sind im Internet weniger nachvollziehbar, wobei sich gleichzeitig der Verbreitungsgrad erhöht.

Die Freien Berufe basieren die hohe Qualität ihrer Dienstleistungen auf Fakten, welche durch demokratische Prozesse im unabhängigen System der Selbstverwaltung der Kammern abgesichert wird.

**Fake News als reine Behauptungen ohne Evidenz stehen damit im absoluten Gegensatz zum Selbstverständnis der Freien Berufe.**

Eine demokratische und auf Grundrechten basierende Gesellschaft bedarf des verstärkten pluralistischen Dialoges, um Fake News und Radikalisierung sichtbar und damit ächtbar zu

machen. Keinesfalls darf Kommunikation allein durch Menschen, welche Fake News und radikale Ansichten verbreiten, erfolgen. Daher darf auch in Krisenzeiten nicht auf den Kern der Demokratie, den pluralistischen gesellschaftlichen Diskurs, verzichtet werden. Im Hinblick darauf ist insbesondere sicherzustellen, dass Grundrechtseingriffe, welche eine hohe Intensität der Einschränkung der grundrechtlich gewährleisteten Freiheiten aufweisen, ausnahmslos zeitlich begrenzt angeordnet werden. Dies gewährleistet, dass im pluralistischen Dialog Einschränkungen immer wieder debattiert werden und so auch Fake News und Radikalisierung entgegengetreten werden kann. Derzeit ist der Rechtsstaat durch die Krisensituation hier besonders gefordert. Radikalisierungstendenzen und Fake News haben sich in einer wahrnehmbaren Zunahme von rechtsradikaler Hetze manifestiert.

**Die Freien Berufe sehen durch Radikalisierung, Fake News und rechtsradikale Hetze das Gemeinwohl der demokratischen Gesellschaft gefährdet. Daher ist es aus Sicht der Freien Berufe geboten, den demokratischen Prozess einer pluralistischen Debatte zur bestehenden Einschränkung von Freiheitsrechten wieder stärker in den Fokus zu nehmen und dabei Hetze und Fake News aus allen politischen Richtungen deutlich entgegenzuwirken.**

Berlin, im Juni 2020

Das Präsidium des Bundesverbandes der Freien Berufe e. V.:

*RA Prof. Dr. Wolfgang Ewer, BFB-Präsident*

*RA/StB Dr. Björn Demuth, BFB-Vizepräsident und -Schatzmeister sowie Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Baden-Württemberg*

*Dr. Wolfgang Eßer, BFB-Vizepräsident und Vorsitzender des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung*

*Dipl.-Ing. Barbara Ettinger-Brinckmann, BFB-Vizepräsidentin und Präsidentin der Bundesarchitektenkammer*

*Dr. Andreas Gassen, BFB-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung*

*StB Dipl.-Bw. Volker Kaiser, BFB-Vizepräsident und Vizepräsident der Bundessteuerberaterkammer*

*Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundesingenieurkammer*

*Dipl.-Pharm. Friedemann Schmidt, BFB-Vizepräsident und Präsident der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände*

*WP/StB Dipl.-Kfm. Regina Vieler, BFB-Vizepräsidentin und Vizepräsidentin der Wirtschaftsprüferkammer*